



Kantonsratssitzung 5. Dezember 2022
Traktandum **AFP, 2024 - 2026**
Geschäftsnummer 2000.343
Eintretensvotum **SP-Fraktion**
Fraktionssprecherin Martina Jucker, Herisau

Sehr geehrter Herr Kantonsratspräsident
Sehr geehrter Herr Landammann, geschätzte Herren Regierungsräte
Geschätzte Kolleginnen und Kollegen aus dem Kantonsrat

Der vorliegende Finanz- und Aufgabenplan macht einmal mehr deutlich, welche Aufgabenvielfalt und Herausforderungen von der gesamten Verwaltung sowie dem Regierungsrat zu leisten sind. Für das dahinterstehende Engagement bedanken wir uns bei allen Beteiligten.

Die SP-Fraktion unterstützt den Entscheid des Regierungsrates, auf eine Steuersenkung zu verzichten. Nur so ist es möglich, den eingeschlagenen, zukunftsweisenden Weg weiterzugehen, das heisst:

- das Regierungsprogramm weiterzuverfolgen,
- bei den Klimamassnahmen keine Kürzungen hinzunehmen und
- das erhöhte Investitionsvolumen beizubehalten.

Ebenso nimmt der Regierungsrat einige Personalaufstockungen vor. Auf den ersten Blick erscheint die Erhöhung bei den Personalkosten massiv. Bei näherem Hinsehen merkt man, dass diese zusätzlichen Stellen zwingend notwendig und längst fällig sind. Die GPK rügte in ihren Berichten mehrmals nicht erledigte gesetzliche Aufgaben mit Verweis auf fehlende Personalressourcen. Der RR selber entschuldigt verschobene Gesetzesvorhaben im Rechenschaftsbericht ebenfalls mit Personalengpässen. Nun hat er endlich die Konsequenzen gezogen und in einzelnen Ämtern aufgestockt. Es ist allen klar: je länger man mit notwendigen Schritten zuwartet, desto schwieriger wird die Situation und die - nicht nur aber auch - finanziellen Folgen fallen auf einem anderen Weg auf den Kanton zurück. Ich möchte hier nur zwei Beispiele nennen.

Die Situation in der KESB ist seit Jahren besorgniserregend. Mit den knappen Personalressourcen ist es in einem immer schwieriger werdenden Umfeld nicht möglich, den grossen Pendenzenberg abzarbeiten. Wenn Fälle nicht bearbeitet werden kann das verheerende Konsequenzen für die betroffenen Personen haben, was wiederum Folgekosten für den Kanton auslöst.

Die Kantonskanzlei steht vor dem Problem, dass sie die Bevölkerungen mit wichtigen politischen Informationen nicht mehr genügend erreicht. Den schnellen Veränderungen in der Medienlandschaft können mit den vorhandenen Ressourcen im Kommunikationsdienst zu wenig Rechnung getragen werden. Erreicht der Kanton die Bevölkerung nicht mehr, sind wichtige demokratische Prozesse in Frage gestellt. Deshalb ist es unumgänglich, dass der

Kanton nebst den bisherigen Kommunikationskanälen auch neue Kanäle nutzt, um alle Teile der Bevölkerung zu erreichen. Da bereits heute ein grosser Nachholbedarf besteht, stellt sich eher die Frage, ob die geplanten Aufstockungen überhaupt ausreichen.

Die SP-Fraktion wird in der Detailberatung noch einzelne Fragen stellen. Einen Punkt der den AFP als Ganzes betrifft möchte ich hier noch ansprechen.

Jedes Departement plant einzeln seine Projekte und Vorlagen und bringt sie in einen zeitlichen Ablauf. Bei departementsübergreifenden Projekten wäre es hilfreich, wenn Zeitplanung und wechselseitige Abhängigkeiten auch departementsübergreifend dargestellt würden: zum Beispiel bei den Vorlagen Gemeindestrukturen und Kantonsverfassung.

Im Wissen, dass der vorliegende Aufgaben- und Finanzplan einen erheblichen Verwaltungsaufwand darstellt, nimmt die SP-Fraktion diesen Bericht dankend zur Kenntnis.